

Kurt Becks verwirrender sprachakrobatischer Eiertanz um CIA-Flüge, Völkerrecht, Grundgesetz, Landesverfassung und NATO-Bündnisverpflichtungen – Nichts kann sein gutes Verhältnis zu den US-Streitkräften in Rheinland-Pfalz erschüttern!

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 014/06 – 01.02.06**

„Völkerrechtswidrige Aktivitäten des CIA auf der US-Air-Base Ramstein – Reaktion der Landesregierung“

Zu diesem Thema fand in der 105. Sitzung des Landtages Rheinland-Pfalz am 02.12.05 auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN eine Aktuelle Stunde statt. Wir empfehlen unseren Lesern dringend, sich im Protokoll dieser Sitzung über den Verlauf der Diskussion und die Positionen einzelner Vertreter der verschiedenen Parteien zu informieren (www.landtag.rlp.de, über Inhaltsverzeichnis, Dokumente, Plenarprotokolle zum Protokoll der 105. Sitzung, S. 17 – 24). Wir möchten uns hier nur mit den Bemerkungen des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten am Ende der Aussprache befassen.

Schlusswort des Ministerpräsidenten Kurt Beck zur Aktuellen Stunde über die CIA-Flüge im rheinland-pfälzischen Landtag, übernommen aus dem Protokoll der Landtagsitzung vom 02.12.05

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Ministerpräsidenten Beck das Wort.

Beck, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Debatte veranlasst mich doch, einige wenige Bemerkungen hinzuzufügen.

Die Erste ist, dass ich auch nach dieser Debatte überhaupt keinen Anlass habe, daran zu zweifeln, dass alle demokratischen Kräfte in diesem hohen Haus, in diesem Land Rheinland-Pfalz wie in der Bundesrepublik insgesamt, die Bedeutung der Menschenrechte, die Bedeutung der international festgelegten Spielregeln, diese Menschenrechte einzuhalten und zu garantieren, soweit dies möglich ist, und selbstverständlich die Werte, die in unserer Landesverfassung und in unserem Grundgesetz festgelegt sind, gelten und wir unsere Aufgabe ernst nehmen, unseren Beitrag zu leisten, um sie auch einzuhalten. Ich sehe auch nach dieser Debatte daran keinen Zweifel.

Wenn ich sage, dass wir unseren Beitrag zu leisten haben, um diese Grundlagen für ein gesittetes und ethisch-moralisch vernünftiges und akzeptables Zusammenleben von Menschen auf dieser Welt und bei uns zu garantieren, wo immer wir dies können, dann müssen wir auch fragen: Haben wir unseren Beitrag geleistet? – In dem Zusammenhang der Vermutungen, über die hier debattiert wird, die freilich Grund genug sind, um ihnen nachzugehen, ist zu sagen, dass eines ganz klar auch für dieses Land zukünftig gelten wird: Es wird sich auch diesbezüglich an die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland halten, als die außenpolitischen Fragen auch von der Bundesregierung zuständigkeithalber zu behandeln, zu beurteilen sind und ihnen nachzugehen ist. Dass wir dabei unser Interesse an der Aufklärung dann in besonderer Weise geltend machen, wenn sich möglicherweise

auch auf rheinland-pfälzischem Boden oder über rheinland-pfälzischem Boden entsprechende Dinge abgespielt haben sollen, ist eine Selbstverständlichkeit.

Meine Damen und Herren, dies ist gegenüber der Bundesregierung geschehen, im Übrigen in einer offenen und klaren Aufnahme, dass man sich darum kümmert. Insoweit bedurfte es auch keiner besonderen Mahnung oder ähnlichem mehr. Wir haben aber auch unser Interesse geltend gemacht, auch über den weiteren Fortgang der Untersuchungen und Klärungen informiert zu werden.

Im Übrigen möchte ich an dieser Stelle sagen, dass ich auch ausdrücklich dabei bleibe, dass, wer immer die Bundesregierung stellt, wer immer Bundesaußenminister ist, er Außenminister der Deutschen ist. Auch das gilt es zu akzeptieren jeder Frau und jedem Mann gegenüber.

(Beifall bei SPD und FDP)

Dass wir, weil wir ein solches Verhältnis über Jahrzehnte entwickelt haben, den Verantwortlichen der amerikanischen Streitkräfte, die auf rheinland-pfälzischem Boden stationiert sind, gegenüber unsere Sorge und die Bitte, soweit sie etwas zur Klärung beitragen können, das auch zu tun, geäußert haben, das hat Herr Innenminister Bruch getan und gehört zu unseren besonderen Beziehungen. Das ist kein Einmischen in die internationalen Beziehungen, sondern dies ist ein vertrauensvolles Verhältnis, wenn man Sorgen hat, über eine bestimmte Diskussion und mögliche Verhaltensweise, dass man miteinander darüber spricht, weil es ein künstliches Gebaren wäre, wenn man zusammensitzt, über Truppenverlegungen, Transportfragen und alle möglichen Dinge des Alltags spricht, man nicht auch diese sehr grundlegende elementare Sorge miteinander besprechen würde.

In diesem Sinn ist dieser Kontakt zu verstehen. Selbstverständlich haben wir zu akzeptieren, so wie wir die Zuständigkeiten in der Bundesrepublik akzeptieren, dass der Oberbefehlshaber dem Kollegen Bruch mitgeteilt hat: Wir haben eine klare Weisung, das ist eine Sache, die das amerikanische Außenministerium an sich gezogen hat. Von dort werden mit der Bundesrepublik Deutschland die weiteren Schritte zu besprechen sein. – Insoweit ist dies ein ergänzender und aus unserer Sicht richtiger Schritt, der aber auch in nicht zu beanstandender Weise auf eine Reaktion der amerikanischen Seite getroffen ist.

Meine Damen und Herren, das Dritte ist, wie es unserer Rechtsordnung geziemt, dass die regional zuständige Staatsanwaltschaft ihrerseits, nachdem ein möglicher Anfangsverdacht vorlag, den Dingen nachgegangen ist und Ermittlungen aufgegriffen hat.

Es ist ganz selbstverständlich, dass wir der Staatsanwaltschaft als Landesregierung den Rückhalt geben, um das ihr Aufgetragene in eigener Verantwortung zu tun. Das läuft.

Es hat niemanden gegeben – ich würde mich, genauso wie der Justizminister, klar dagegen aussprechen –, der unter Opportunitätserwägungen welcher Art auch immer sagt, solche Ermittlungen sollte es nicht geben, sei es aus falscher Rücksichtnahme oder weil man denkt, das kann nicht zum Erfolg führen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wenn das so ist, dann frage ich mich allerdings, welche halbwegs nachvollziehbare Begründung es geben könnte, der von mir geführten Regierung den Vorwurf zu machen, den Sie gemacht haben.

(Creutzmann, FDP: Sehr gut!)

Das möchte ich von Ihnen wirklich begründet haben.

(Beifall der SPD und der FDP)

Begründen Sie mir, wie eine Regierung, die auf der Basis der Verfassung dieses Landes und des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland handelt, anders hätte vorgehen können. Ja, wir hätten ein öffentliches Geschrei anstimmen können. Das haben wir nicht getan, allerdings in der Sache unmissverständlich Position bezogen.

Das galt für jedes Regierungsmitglied, das gefragt worden ist, und für mich auch. Ich habe klar gesagt, wie unser Verhältnis und unsere Eintretensweise für die Grundrechte, für die Rechte unserer Verfassung, wissend auch um die besondere Beziehung, die im NATO-Truppenstatut geregelt ist, auch völkerrechtlicher Art, aussehen.

Ich habe klar gesagt, was wir davon halten und dass wir alles dafür tun werden, was in unseren Möglichkeiten steht, um die Dinge aufzuklären.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir können anfangen, so miteinander umzugehen, überall dort, wo eine Pfütze ist, zu vermuten, dass auch ein bisschen Schlamm darunter ist und damit werfen.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Sache tun wir damit keinen Gefallen. Die von mir geführte Landesregierung wird von einer Vorgehensweise, wie sie hier gewählt worden ist, keinen Millimeter abgehen. Ich denke, Sie haben eher etwas in Ordnung zu bringen, meine Damen und Herren von den GRÜNEN.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich schließe die Aussprache zu diesem Punkt der Aktuellen Stunde.

Was hat Landesvater Beck eigentlich gesagt?

Ein Versuch, die tollkühnen Satzgefüge des Herrn Ministerpräsidenten zu entschlüsseln

Beck zweifelt nicht daran, dass alle Demokraten in der Bundesrepublik die vom Völkerrecht, dem Grundgesetz und der Landesverfassung garantierten Menschenrechte, soweit dies möglich sei, einhalten möchten – selbstverständlich auch die Landesregierung.

Er fragt sich, ob die Landesregierung bisher ihren Beitrag dazu geleistet hat und beteuert, dass sein Kabinett sich auch künftig an die Verfassung der Bundesrepublik halten werde, wo immer es das könne. Die Bundesregierung müsse sich zwar zuständigkeitsshalber um außenpolitische Fragen kümmern, aber die Landesregierung werde ihr Interesse an Aufklärung vor allem dann geltend machen, wenn Vermutungen darauf hindeuteten, dass sich entsprechende Dinge – die CIA-Flüge will er partout nicht beim Namen nennen – auf oder über rheinland-pfälzischem Boden abgespielt hätten.

Weil man die Bundesregierung aus eigenem Klärungsinteresse bereits zum Handeln aufgefordert habe, müsse man sich nicht ermahnen lassen.

Außerdem sei jeder Bundesaußenminister jedweder Bundesregierung immer Außenminister aller Deutschen, egal ob Frau oder Mann. (Die Bedeutung dieses Satzes im vorherigen Sinnzusammenhang hat sich uns trotz heftigsten Nachgrübelns leider nicht erschlossen. Vielleicht können uns die Damen und Herren aus der SPD- und FDP-Fraktion, die ihn mit Beifall bedachten, über seinen Sinngehalt aufklären.)

Weil sich über Jahrzehnte ein solches Verhältnis und besondere Beziehungen zu den auf rheinland-pfälzischem Boden stationierten amerikanischen Streitkräften entwickelt hätten, habe Innenminister Bruch ihnen gegenüber die Sorge und Bitte geäußert, soweit sie etwas zur Klärung beitragen könnten, das auch zu tun. Wenn man schon in einem besonders vertrauensvollen Verhältnis zusammen sitze und über Truppenverlegungen, Transportfragen und alle möglichen Dinge des Alltags rede, müsse man auch über diese sehr grundlegende elementare Sorge miteinander sprechen können, und das sei kein Einmischen in internationale Beziehungen.

Nun habe aber der Oberbefehlshaber (gemeint sein könnte entweder der Oberkommandierende der US-Air Force in Europa oder der Kommandant der US-Air Base Ramstein) Bruch mitgeteilt, in dieser Angelegenheit sei das US-Außenministerium zuständig, mit dem die Bundesregierung sich besprechen müsse. Damit sei die Angelegenheit für die Landesregierung nicht mehr zu beanstanden.

Wegen eines möglichen Anfangsverdachts ermittle die zuständige Staatsanwaltschaft (in Zweibrücken) mit Rückhalt der Landesregierung in eigener Verantwortung. Weder Beck noch der Justizminister seien der Meinung, solche Ermittlungen solle es aus Opportunitätserwägungen, welcher Art auch immer, aus falscher Rücksichtnahme oder wegen möglicher Erfolglosigkeit nicht geben.

Die Landesregierung habe auf der Basis der Landesverfassung und des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, um die im NATO-Truppenstatut völkerrechtlich geregelten besonderen Beziehung (zu den US-Streitkräften) wissend, auch ohne öffentliches Geschrei eine unmissverständliche Position zu den Grundrechten und unserer Verfassung bezogen. Sie werde alles in ihren Möglichkeiten Stehende tun, um die Dinge aufzuklären, und keinen Millimeter von der gewählten Vorgehensweise abweichen. Deshalb sollten die GRÜNEN aufhören, mit Dreck zu werfen.

Unser Kommentar

Der rheinland-pfälzische SPD-Ministerpräsident Kurt Beck ist in großen Nöten. Alle wissen, wie stolz er auf seine angeblich so guten Beziehungen zu den US-Streitkräften in seinem Bundesland ist und wie geehrt er sich gefühlt hat, als er US-Präsident Bush in seiner aus diesem Anlass in den Ausnahmezustand versetzten Landeshauptstadt Mainz empfangen durfte. Jetzt möchte er um alles in der Welt wiedergewählt werden, und seine „amerikanischen Freunde“ machen ihm solche Schwierigkeiten. Ihr Präsident gilt immer weniger im eigenen Lande, und seine Truppen sind nur noch wenigen Ländern willkommen.

Es scheint Beck inzwischen selbst zu dämmern, dass er die ganze Zeit aufs falsche Pferd gesetzt hat. Die fluglärmterrorisierten Westpfälzer lassen sich den von Beck mit Macht betriebenen und mit Landesmitteln mitfinanzieren Ausbau der US-Air Base Ramstein nicht länger als wirtschaftspolitisches Geschenk verkaufen. Auch seine untauglichen Versuche,

möglichst viele US-Einrichtungen wie den Standort Baumholder durch ein privat finanziertes Wohnungsbauprogramm im Land zu halten, sind gescheitert und stoßen auf immer weniger Gegenliebe.

Sein wortreiches Gestammel am Ende der Aussprache um die CIA-Folterflüge über Ramstein kann nicht über seine verfehlte Politik hinwegtäuschen. Seine wirre Argumentation lässt zudem ein seltsame Rechtsauffassung erkennen.

Eine Landesregierung hat gegen jede Menschenrechtsverletzung vorzugehen und sich nicht das Hintertürchen, „so weit dies möglich ist“, offen zu halten. Gerade eine Landesregierung hat darauf zu achten, dass die Verfassung der Bundesrepublik strikt eingehalten wird, und muss gegen jeden Verstoß intervenieren, unabhängig davon, wer ihn begeht. Sie kann ihre Verantwortung nicht nach Berlin delegieren, wenn sich das völkerrechts- und grundgesetzwidrige Treiben der CIA und der US-Streitkräfte im eigenen Bundesland unter ihren eigenen Augen abspielt. Wer so oft mit Verantwortlichen der US-Streitkräfte zusammen sitzt, muss wissen, was sie in unserem Land und von unserem Land aus treiben. Nichtstun ist nicht mit angeblichen NATO-Bündnisverpflichtungen zu entschuldigen, die es im Falle der CIA-Folterflüge und in völkerrechtswidrigen Kriegen überhaupt nicht gibt.

Der eher lahme Hinweis auf das in Zweibrücken anhängige Ermittlungsverfahren lässt vermuten, dass Beck darauf hofft, dass es der zuständige Staatsanwalt nach einer „Anstandsfrist“ einstellt.

Sollte Beck mit seiner SPD die Wahl im März gewinnen, wird er keinen Millimeter von seiner bisherigen Politik abweichen. Die Landesregierung hat bisher alles in ihren Kräften Stehende getan, um alle Vorhaben und Unternehmungen der US-Streitkräfte in Rheinland-Pfalz zu unterstützen. Deshalb hat sie außer einer kaum ernst zu nehmenden, in Ramstein auch prompt abschlägig beschiedenen Anfrage nichts gegen Menschenrechtsverletzungen und offenkundige Verstöße gegen das Völkerrecht und unser Grundgesetz unternommen.

Herr Beck und seine SPD sollten endlich erkennen, dass es so nicht weitergehen kann. Es wird höchste Zeit, dass andere für den Landtag kandidierende Parteien eine tragfähige friedenspolitische Alternative anbieten, die dem Völkerrecht und unserer Verfassung wieder Geltung in Rheinland-Pfalz verschafft.

Der noch amtierende Ministerpräsident hätte seinem Hohen Haus diesen Auftritt ersparen und seine kabarettreife Darbietung besser im Mainzer "unterhaus" präsentieren sollen. Selbst Richling hätte Beck nicht besser parodieren können.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern